

informiert

CDU
Gelsenkirchen

März 2008

Inhalt

Manege frei

OB hat Angst

Gerichte in den Süden

Mehr Vielfalt in Buer

Gelsenkirchen profitiert von
Wohnraumförderung des Landes

**CDU-Ratsfraktion
informiert:**

Neukonzeption der
Weihnachtsmärkte

Ja zum Biomassepark

Realpolitik statt Ideologie

CDU gegen Biotonne

Impressum

Herausgeber:

CDU-Kreisverband Gelsenkirchen
Munckelstraße 15, 45879 GE

Verantwortlich und Redaktion:

Ludger Jägers

Weitere Informationen

Wir im Internet:

<http://www.cdu-gelsenkirchen.de>

E-Mail:

info@cdu-gelsenkirchen.de

SPD will rot – rot

Die CDU ist bei den Landtagswahlen in Niedersachsen, Hessen und Hamburg stärkste Partei geworden. Denn gewonnen hat, wer die meisten Stimmen hat. Da hilft auch die lautstarke Propaganda der SPD nicht. Und wahr ist auch, der SPD Richtungswechsel hin zu einer Öffnung zur PDS/Linken ist ein klarer Wortbruch.

Wer den Wählern vor der Wahl in Hessen verspricht, keine gemeinsame Politik – also weder Duldung noch Koalition - mit der Linken zu machen, der darf nach der Wahl nicht das Gegenteil verkünden.

Beck will nach links

Die SPD präsentiert sich in diesen Wochen orientierungslos. Verzweifelt versucht sie in ihrem alten Stammland Hessen an die Macht zu kommen. Erst verkündet Parteichef Beck die Öffnung hin zu den Populisten Gysi und Lafontaine. Das schlechte SPD-Ergebnis in Hamburg veranlasst anschließend die SPD-Spitze – diesmal ohne Beck – zu einem halbherzigen Rückzug. Nunmehr will die SPD in Hessen doch mit einer Duldung der Linken oder vielleicht auch mit einer rot-rot-grünen Koalition an die Macht. Nachdem die SPD-Landesvorsitzende in Hessen nun in ihrer eigenen Fraktion keine Mehrheit hat, wird das rot-rot-grüne Projekt gestoppt – vorerst zumindest.

GE-SPD schweigt

Bei der örtlichen SPD herrscht zu diesem Thema bislang Stille. Sie sind indes mit anderen internen Fragen beschäftigt und suchen einen neuen Vorsitzenden. Wir werden sie fragen, wie sie zu rot-rot nach der Kommunalwahl stehen.

Schwarz-Grün möglich

Nach Hamburg erscheint eine schwarz-grüne Koalition möglich. Eine solche Koalition auf Landesebene würde die Parteienlandschaft um eine neue Facette bereichern.



Warum sollte nicht auch in einem Stadtstaat diese Koalition funktionieren, wenn sie auch in anderen Großstädten funktioniert.

In Gelsenkirchen ist die Option im Moment nicht aktuell. Hier haben sich rot und grün zu einem Minderheitenbündnis zusammengeschlossen. Allerdings verursacht dieses seit 2004 nur Stillstand.

Politik für GE

Demgegenüber übernehmen wir – aus der Opposition heraus – Verantwortung für unsere Stadt. In Gesprächen mit der Landesregierung haben wir die Zusage erhalten, dass das neue Justizzentrum im Stadtsüden und das neue Finanzamt im Norden angesiedelt werden. Entsprechend hat sich unser Gastredner beim Neujahrsempfang, Finanzminister Helmut Linssen MdL geäußert.

Wir arbeiten weiter für die Zukunft unserer Stadt und werden gut vorbereitet in die Kommunalwahlen gehen.

Ihr

Wolfgang Meckelburg | MdB
Kreisvorsitzender

Manege frei für die Bürgerpreisträger 2007

Beim CDU-Neujahrsempfang im Augustinus-Haus wurde die Manege frei für den Bürgerpreisträger 2007 – den „Circus Wolke“. Dieser Circus ist ein besonderer, denn das Ensemble bilden schwerhörige und gehörlose Kinder. Rita Wahl, Lehrerin der Glückauf-Gehörlosenschule in Hassel hat die Kinder und Jugendliche in die Manege gebracht. Darüber hinaus engagiert sich der „Circus Wolke“ ehrenamtlich, denn er tritt in Altenheimen, Krankenhäusern oder im Friedensdorf Oberhausen auf. Damit, so Bürgermeister Klaus Hermandung in seiner Laudatio, wirkt dieser ungewöhnliche Circus integrativ und generationsübergreifend.

Gelungenes Zusammenwirken

„Ihr Beispiel eines gelungenen Zusammenwirkens soll in unserer

Gesellschaft weiter Früchte tragen“, betont Hermandung. Rita Wahl und ihre Zirkuskinder bedankten sich mit einem Kurzauftritt nach der Preisverleihung. Sie dankte mit den Worten: „Es ist toll mit Kindern zu arbeiten. Und es ist schön, dass sie sich zugleich für andere engagieren.“



Wöll: OB hat Angst zu entscheiden

„Das derzeitige Verhältnis zwischen der SPD und der CDU-Ratsfraktion ist nicht zum Wohle der Stadt bestimmt“, beklagt der Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion, Werner Wöll.

OB hat Angst

„Ein Teil der SPD-Fraktionsspitze kann nicht akzeptieren, dass in dieser Stadt mit der CDU eine weitere große politische Kraft existiert, die eigene Ideen für das Wohl der Stadt und der in ihr lebenden Menschen entwickelt“, so Wöll auf dem CDU-Neujahrsempfang

vor den rund 450 Teilnehmern. „Wer bei sich nur Licht sieht und bei den anderen den Schatten, der muss sich nicht wundern, wenn die Gemeinsamkeiten immer mehr abnehmen“, ergänzt der Fraktionsvorsitzende. Scharf attackiert der Fraktionsvorsitzende den Oberbürgermeister. „Er lässt die Dinge laufen, frei nach dem Motto: Halt dich raus, dann kommst du nicht rein. Er hat Angst, Position zu beziehen.“ Als Beispiele nennt er die vielen ungelösten Personalbesetzungen bei der

Sparkasse, bei Gelsendienstleistungen oder beim Referatsleiter Bauordnung.

Wahlvorbereitungen für 2009

Die CDU, so Kreisvorsitzender Wolfgang Meckelburg MdB, werde das Jahr 2008 zur Vorbereitung der Kommunalwahl nutzen. „Der Stillstand in dieser Stadt muss beendet werden. Die Hans-Sachs-Haus-Baustelle ist die Baranowski-Ruine. Statt die notwendige Sanierung voranzutreiben, verstreicht die Zeit.“

Gerichte kommen in den Süden, Finanzämter in den Norden

„Wir wissen, wie Gelsenkirchen tickt. Wenn das Justizzentrum in den Süden kommt, sollte Buer auch etwas bekommen.“ Mit diesen Worten lüftet Finanzminister Helmut Linssen beim CDU-Neujahrsempfang den Schleier über der seit Monaten laufenden Diskussion um die neuen Behördenstandorte.

Justizzentrum nach Ückendorf?

Somit ist klar, dass die beiden Amtsgerichte in einem Justizzentrum im Stadtsüden zusammengelegt werden. Wahr-

scheinlich wird dies auf einem Grundstück im Umfeld des Sozialgerichtes am Wissenschaftspark errichtet. Die Finanzämter werden in Buer ihren Platz finden. Hier ist allerdings die Grundstücksfrage noch nicht geklärt. „Im ersten Halbjahr müsste das unter Dach und Fach sein“, drückt der Minister in dieser Frage aufs Tempo. „Wir freuen uns über diese Entscheidung. Damit kommt die Landesregie-



rung unseren Wünschen in Gelsenkirchen entgegen“, freut sich der CDU-Kreisvorsitzende Wolfgang Meckelburg MdB.

Finanzämter nach Buer

„Die CDU hat sich immer für einen Behördenstandort im Norden und einen im Süden eingesetzt. Dafür haben wir in Gesprächen mit der Landesregierung geworben“, ergänzt er. Für ihn ist es einmal mehr ein Beweis, dass man in Gesprächen mit der Landesregierung viel für die Stadt erreichen kann.

CDU fordert Neukonzeption der Gelsenkirchener Weihnachtsmärkte

Der Hauptausschuss hat auf Anregung der CDU-Fraktion einen „Runden Tisch“ gebildet, der sich mit der Neukonzeption der Weihnachtsmärkte befassen soll.

Werner Wöll, CDU-Fraktionsvorsitzender: „Wir brauchen dringend eine Qualitätsoffensive. Es gibt viele Punkte, die verbesserungsbedürftig sind. Es fängt beim Erscheinungsbild an, geht über die Zusammensetzung des Angebots und endet nicht zuletzt bei der Musik. Musik von Wolfgang Petry auf dem Weihnachtsmarkt, das muss doch nicht sein.“

Aus Sicht der CDU-Ratsfraktion sind folgende Handlungsfelder bei der Erstellung der Neukonzeption zu berücksichtigen:

- Die Weihnachtsmärkte sollten zu Vorderst auf die Bedürfnisse der Familien mit Kindern ausgerichtet sein. Hierzu ist es unerlässlich, die Weihnachtsmärkte unter ein Thema wie beispielsweise Handwerk, Kunst, Märchen, Tiere usw. zu stellen.
- Das Angebot in der City sollte sich auf eine begrenzte Fläche konzentrieren, um so den Charakter eines Marktes zu unterstreichen.
- Von weihnachtsmarktypischen kleineren Markthändlern mit Non-Food-Angeboten sind durch eine geänderte Gebührensatzung günstigere Gebühren zu erheben als von Händlern mit Food-Angeboten. Hier könnte über die Gebührensatzung eine

Lenkungsfunktion ausgeübt werden, die schrittweise zu einer gewollten Reduktion des Speises und Getränkeangebots führt.

- Das Erscheinungsbild sollte deutlich aufgewertet werden. Hierzu könnte eine zu erarbeitende Gestaltungs- und Dekorationssatzung beitragen.
- Ferner sind eine Werbekonzept und ein mögliches Sponsoring mit in die Überlegungen einzubeziehen.

Wöll: „Vielfältige Bemühungen sind bereits in der Vergangenheit gestartet worden, ohne dass sich bislang das gewünschte Ergebnis eingestellt hat. Aus Sicht der CDU-Ratsfraktion muss der Prozess der Neukonzeption auf eine breite Basis gestellt werden, um die vielschichtigen Interessenlagen koordinieren und ergebnisorientiert zusammen führen zu können. Nach den bisher gemachten Erfahrungen ist u. E. hierzu die Verwaltung am ehesten geeignet, den Prozess zu steuern.“

Nach Ansicht der CDU-Ratsfraktion muss die Stadt unter den Gesichtspunkten der Wirtschaftsförderung und des Standortmarketings ein besonderes Interesse an einer „Neukonzeption Weihnachtsmärkte“ haben. Der Beginn des Jahres ist der richtige Zeitpunkt, hierfür Überlegungen anzustellen.



Werner Wöll

CDU sagt ja zum Biomassepark auf Hugo

„Die Errichtung eines Biomasseparks auf dem ehemaligen Gelände Hugo 2/5/8 ist aus unserer Sicht ein zukunftsweisender Schritt in die richtige Richtung für die Energiestadt Gelsenkirchen“, betont Klaus Rassmann, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Ratsfraktion.

Von Buer nach Scholven

„Nicht nur ökologische, sondern auch ökonomische Gründe sprechen dafür, zumal das Gelände mittelfristig immer

noch einer anderen Nutzung zugeführt werden kann und somit nicht auf ewig blockiert ist.“

Ökologie und Ökonomie

Die Stadt Gelsenkirchen könne hier mit einem Projekt der zukunftsorientierten Energie aus Sonne und Biomasse punkten. Biomasse sei nicht einfach nur Verfeuerungsmaterial, sondern zukünftig auch Grundlage für die petrochemische Industrie. Mit der BP in Scholven, die bereits mit dieser Technologie

Stillstand am Beckerad

Der CDU-Stadtverordneter Klaus Herzmanatus kritisiert den Stillstand der Sanierungsarbeiten auf der Beckeradstraße. Die Ankündigung der Sanierung ist vom 19.11.2007, der Gehweg wurde erneuert. Aber seit November ruht die Baustelle.

„Parkverbotsschilder stehen an der Straße, die Anwohner wissen nicht, wo sie parken sollen. Stolperfallen für Schulkinder der Beckeradschule an vielen Bereichen des Gehwegs. Ein unhaltbarer Zustand“, so Herzmanatus. Die Wetterlage habe bisher die Arbeiten nicht behindern können, da in diesem Winter von Bodenfrost bislang keine Rede gewesen sei.

Durchgangsverkehr raushalten

Darüber hinaus fordert Klaus Herzmanatus die Verwaltung auf zu prüfen, in wieweit im Bereich des Beckerades die Zufahrt nur noch für Anwohner möglich ist. Viele Autofahrer nutzen die Beckeradsdelle und Ackerstraße und damit verbunden auch die Seitenstraßen zur Umfahrung der Ampeln der Horster-, Kurt-Schuhmacher- und Vinkestraße. Gerade morgens und abends nimmt der Durchgangsverkehr extrem zu. Die Spielstraßen werden mit überhöhter Geschwindigkeit durchfahren.

plant, biete sich somit gleich ein möglicher Abnehmer dafür an.

Rassmann weiter: „Wir als CDU-Ratsfraktion sehen durchaus weiteres Potenzial für so genannte Industriegelände, vor allem mit Hinblick auf das leidige Problem der Grünflächenpflege in Gelsenkirchen. Hier könnten Grünflächen einer solchen pflegeextensiveren und somit wirtschaftlicheren Nutzung zugeführt oder sogar Brachflächen mittels Phytoremediation (Bodensanierung durch Bäume) wieder instand gesetzt werden, ohne dass dadurch ökologische Nachteile entstehen.“

Pilotprojekt zur Einführung der Biotonne in Gelsenkirchen steht unter ideologischen Vorzeichen

CDU-Ratsfraktion sieht sich durch die jüngste Vorlage von GELSENDIENSTE in ihrer Kritik an der probeweisen Einführung der braunen Tonne bestätigt.

Mit der Vorlage vom Entsorgungsbetrieb GELSENDIENSTE wird deutlich, dass es mit der angeblichen Kostenneutralität für den Endverbraucher nicht weit her ist.

Bei gleichen Müllgebühren bei nur zweiwöchiger anstatt wöchentlicher Leerung der grauen Restmülltonne kann man wohl kaum von Kostenneutralität sprechen.

Halbe Leistung

Von diesem Sachverhalt muss man ausgehen, denn von einer geänderten Gebührensatzung ist bislang nicht die Rede. Das Fazit lautet vielmehr: Halbe

Leistung für gleiches Geld.

Und die Kosten für den Test, wie die Anschaffung der neuen Behälter, der Vorsortiergefäße, die umfangreichen Informationskampagnen, die Abfallberatung vor Ort, all dieses soll kein Geld kosten?

„Wir sind sicher, diese Kosten werden in die nächste Gebührenkalkulation einfließen. Dies bedeutet, dass alle Gebührenzahler den Versuch bezahlen, also auch die, die nicht an ihm teilnehmen“, so Theodor Gehling, Spre-



Theodor Gehling

cher der CDU im Betriebsausschuss GELSENDIENSTE.

„Ehrlichkeit sieht anders aus! Ein fragwürdiger Versuch, der über zwei Jahre geht, bevor man ein aussagekräftiges Ergebnis treffen kann. Andere Städte wie z. B. Recklinghausen sind da schneller. Sie haben nach dem Echtbetrieb die Biotonne wieder abgeschafft. Warum will man in Gelsenkirchen das testen, was andere Städte schon an Erfahrung gesammelt haben. Dieses Projekt ist einzig und allein der Ideologie von Rot/Grün geschuldet“, kritisierte er.

CDU-Ratsfraktion informiert:

Verantwortlich: Werner Wöll, Wolfgang Heinberg
CDU-Ratsfraktion Gelsenkirchen, Emscherstraße 66,
45891 Gelsenkirchen

Realpolitik statt Ideologie

CDU-Fraktion verlangt Entschuldigung vom Stadtverordneten Dr. Ernst Sott

„Wir sind nicht länger gewillt politische Unverschämtheiten einfach so weg zu stecken“, so kommentiert der stellv. Fraktionsvorsitzende Wolfgang Heinberg Äußerungen des grünen Stadtverordneten Dr. Ernst Sott in Richtung CDU-Fraktion im Verlauf der letzten Ratssitzung.

CDU verlangt Entschuldigung

Deutlich vernehmbar hatte Dr. Sott die CDU-Position zum Thema ‚Initiative für das kommunale Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten‘ mit dem Begriff „reaktionär“ belegt. Zudem konstruierte er völlig widersinnige Zusammenhänge zwischen der Position der CDU-Fraktion und Einlassungen des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan.

Wolfgang Heinberg: „Uns genügt, was wir von Dr. Sott während der Ratssitzung gehört haben. Wir haben heute, zur Verifizierung unserer Wahrnehmung, das Abhören des Tonbandprotokolls der letzten Ratssitzung beantragt. Wir erwarten eine öffentliche Entschuldigung von Dr. Sott.“

NEIN zum kommunalen Wahlrecht für alle Ausländer

Für die CDU in Gelsenkirchen ist und bleibt das Thema Integration ein Schlüsselthema. Dabei beschreibt der Begriff Integration für die CDU einen Prozess, der auf der einen Seite gewollt und auf der anderen Seite ermöglicht werden muss. Klar ist aber auch, dass das Wahlrecht für alle, wie es die rot-grünen Kooperationspartner jetzt im Rat gefordert haben, aus Sicht der CDU keine sachgerechte Lösung für aktuelle und lokale Integrationsherausforderungen bietet.

Wolfgang Heinberg: „Die rot-grüne Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht für alle hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer ist ideologisch, schießt auf eine ganz bestimmte Bevölkerungsgruppe und untergräbt alle Anstrengungen der aktuellen Einbürgerungspolitik. Wir sagen als CDU: Wahlrecht ist krönender Abschluss eines individuellen Integrations- und Identifikationsprozesses und nicht der Anfang des Miteinanders.“



Wolfgang Heinberg

Politische Partizipation sei auch ohne Wahlrecht grundsätzlich möglich. Heinberg: „Aus unserer Sicht ist dies auch erwünscht und an das Zusammenspiel von Rechten und Pflichten gebunden. EU-Ausländerinnen und EU-Ausländer sind selbstverständlich wahlberechtigt, weil innerhalb der EU klare Verträge das Miteinander der Staaten und der Menschen regeln und Rechte wechselseitig garantiert und Pflichten vergleichbar organisiert werden.“

Schulte: Vielfalt des gastronomischen Angebots verbessern

Der CDU-Stadtverordnete Gerd Schulte sieht besonderen Handlungsbedarf zum Erhalt der Attraktivität der buerschen City im Bereich Gastronomie. „Es gibt in Buer kaum noch Möglichkeiten für Familien und Vereine, in Gaststätten Familienfeste oder Versammlungen abzuhalten“, beklagte Schulte beim Politischen Stammtisch der Frauen Union. Auch habe sich das Angebot an normaler gutbürgerlicher Küche verringert. „Wir brauchen in Buer ein vielfältigeres gastronomisches Angebot“, folgerte er.

Kommunikation ermöglichen

In diesem Zusammenhang erneuerte Schulte seine Forderung, den Bereich von Leibniz-Gymnasium bis zum Museum / Schauburg städtebaulich ins Visier zu nehmen. Hier könnten Möglichkeiten der Kommunikation geschaffen werden, die von Schule,

Museum und auch Privaten genutzt werden, können bis hin zur Erweiterung des Museums selbst.

Schulte: „Bei der geplanten Umgestaltung des Busbahnhofs und der notwendigen Sanierung des Rathauses Buer sollte über eine ‚Reaktivierung des Buerschen Ratskellers‘ auf privater Basis nachgedacht werden, um das gastronomische Angebot wieder attraktiver zu gestalten.“

Fehler oder Unachtsamkeit

„Als eigenen Fehler oder Unachtsamkeit der Stadtpolitik“ stuft der buersche CDU-Politiker Gerd Schulte das Fehlen einer eigenen Rechtsabteiler an der umgebauten Kreuzung Vincke-Devesestraße ein. „Dass man vom Ring kommend nicht auf einer eigenen Spur in die Devesestraße fahren kann bei dieser gut ausgebauten



Gerd Schulte

Kreuzung, ist im Nachhinein ein großer Fehler. Zumal selbst die Verwaltung in einer aktuellen Vorlage zur Weiterentwicklung von Hugo 2/5/8 von einer negativen Verkehrsanbindung des Gebietes spricht. Da haben wir als Politik wohl nicht aufgepasst oder sind von der Verwaltung ein bisschen ‚geleimt worden‘.“

Wittke: Gelsenkirchen profitiert von der Wohnraumförderung des Landes

Aus dem Wohnraumförderungsprogramm 2008 der Landesregierung erhält Gelsenkirchen einen Förderbetrag in Höhe von rund 2,5 Millionen Euro. Dieser beinhaltet bereits Zuweisungen für investive Maßnahmen (rund 800.000 Euro) im Bestand.

Der CDU-Landtagsabgeordnete Oliver Wittke freut sich über das Wohnraumförderungsprogramm für 2008: „Für Gelsenkirchen stehen gut 2,5 Millionen Euro aus dem Wohnraumförderungsprogramm bereit. Wir können dadurch sicherstellen, dass sozialer Wohnungsbau dort und in dem Rahmen stattfindet, wo und wie wir das vor Ort brauchen. Bezahlbarer Wohnraum wird für viele nicht so einkommensstarke Haushalte angesichts der permanent ansteigenden Nebenkosten immer wichtiger. Beileibe nicht jede Familie kann sich heute noch die eigenen vier Wände leisten. Häufig haben die anfal-

lenden Kosten schon fast den Rang einer zweiten Miete.“

Die Landesregierung geht daher auch auf diesem Feld voran. Auch 2008 wird das 2006 von der CDU/FDP-Landesregierung neu eingeführte so genannte investive Bestandsförderungsprogramm fortgeführt. Rund 45 Millionen Euro stehen für Städte und Kreise bereit, um die Energieeffizienz und die Einsparung von klimaschädlichem Kohlendioxid im Sozialwohnungsbestand zu verbessern. Aber auch die Verbesserung des Wohnumfelds sowie der teilweise Rückbau nicht mehr marktgängiger Wohnungen in den Großsiedlungen aus den 1960er und 70er Jahren werden bezuschusst. Wesentlicher Bestandteil der Förderung ist der Rückbau von Barrieren im Bestand.

Oliver Wittke: „Barrierefreiheit ist ein sehr wichtiges Thema geworden. Wir

möchten den älteren Menschen so lange es geht ein möglichst selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Das bedeutet auch, nicht sofort aus der Wohnung her-

aus zu müssen, wenn die alltäglichen Verrichtungen des Lebens schwieriger fallen oder vielleicht eines Tages sogar ambulante Pflege notwendig wird. Aber auch junge Familien profitieren sehr von einem barrierefreien Wohnumfeld im weitesten Sinne. Die Landesregierung geht hier auch in Zeiten knapper Kassen zukunftsweisende Wege, die sich am Wohl der Menschen orientieren.“



Oliver Wittke

Sichern Sie sich jetzt 100 Euro
für Ihren Energieausweis!*

Zu hohe Energiekosten? Wir helfen.

Jetzt mit staatlichen Fördermitteln
günstig modernisieren.

www.s-immobilien.de/energiesparen



S Sparkasse
Gelsenkirchen

* Voraussetzung ist die Finanzierung Ihrer Bau- oder Modernisierungsmaßnahme bei der Sparkasse Gelsenkirchen.

ggw: Wohnen mit Heimvorteil



ggw:

gelsenkirchener gemeinnützige
wohnungsbau-gesellschaft mbh

Darler Heide 100 · 45891 Gelsenkirchen
Postfach 20 03 63 · 45838 Gelsenkirchen

Fon: 0209 706-0 · Fax: 0209 706-1050
E-Mail: zentrale@g-g-w.de · www.ggw-gelsenkirchen.de